

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 3. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ohne Kreditaktion unannehmbar.

In der heutigen Sitzung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates...

Wir stimmen den Vermögenssteuergesetzen zu, ohne damit zum Ausdruck bringen zu wollen...

Vermögenssteuer nur als eine kleine Abschlagszahlung auf die Verschuldung ansehen.

ändern, weil wir glauben, daß der Besitz noch auf andere Weise herangezogen werden kann...

und nur unter der Voraussetzung, daß die in Aussicht genommene Kreditaktion den Erfolg hat...

Wird die Voraussetzung nicht erfüllt, so ist die Zustimmung unter irrtümlicher Voraussetzung erfolgt...

In der darauffolgenden Abstimmung werden Anträge angenommen...

Dollar 206!

Nachdem an der gestrigen New Yorker Börse die Mark zeitweise einen Tiefstand von 0,49 1/2 Cents erreicht hatte...

Deutsch-französischer Aufbauwille.

Paris, 3. November. (E.E.) Ueber den gestrigen Empfang der deutsch-französischen Abordnung bei Loucheur...

Die vorgesehenen Ausgaben sollen 60 Millionen nicht überschreiten. Es sollen 80 öffentliche und Privathäuser errichtet werden.

„Deure“ erfährt hierzu, daß es sich bei den aufzubauenden Ortschaften um eine Gruppe von Dörfern zwischen Chaumes und Péronne handelt.

Die Königsfrage in Ungarn.

Abständen der Habsburger. — Freie Königswahl.

Budapest, 2. November. (W.B.) In der heutigen Sitzung der Partei der kleinen Landwirte teilte Ministerpräsident Graf Bethlen mit...

In dem Gesetzentwurf heißt es: Die Herrscherrechte König Karls werden aufgehoben.

Die Partei hat beschlossen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Der Widerstand gegen die tschechische Mobilisation.

Prag, 3. November. (Antel.) „Prager Tageblatt“, „Bohemia“, „Reichenderger Zeitung“...

Wie die Zeitung „Sozialdemokrat“ berichtet, finden in sämtlichen Städten Deutschböhmens Versammlungen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Mobilisierung statt.

„Pravo Lidu“ veröffentlicht am Kopfe des Blattes einen Aufruf, der von sämtlichen bürgerlichen tschechischen Parteien gezeichnet ist.

Laut „Voss. Ztg.“ kam es in Eger bei Pferdemonstrationen zu Streitigkeiten zwischen Bevölkerung und Militär...

Die Aera Lerchenfeld.

Aus München schreibt man uns: Als im September dieses Jahres Herr von Rahr seinen Abschied genommen hatte...

Unterdessen sind aber doch verschiedene Dinge vorgekommen, die uns veranlassen müssen, den neuen Leiter des bayerischen Staatswesens gründlich unter die Lupe zu nehmen.

Wenn Graf Lerchenfeld eine Vertrauensstellung als Ministerpräsident des zweitgrößten Landes der deutschen Republik unter einer Reichsreaktionsregierung...

Die bayerische Sozialdemokratie hat sich ihren Grundsätzen gemäß unter Wahrung der Achtung vor den Gefühlen der Mehrheit des Volkes bis jetzt in der Beurteilung der Trauerkundgebungen aus Anlaß des Todes des ehemaligen Königs...

Wer hat es dem Regierungspräsidenten von Oberbayern, dem Herrn von Rahr, gestattet, sich an die Spitze eines Bestattungsausschusses zu setzen?

Sehr bedenklich ist es aber, wenn das offiziöse Organ der republikanischen Regierung, die „Staatszeitung“, gerade in diesem Augenblick in unlegbarer Sympathie feststellt...

Weshalb ist es mit der Duldung der von Rahr gezielten rechtsbolkschewistischen Bewegung, der sozialnationalsozialistischen Arbeiterpartei...

Das düsterste Anzeichen einer Bestimmungswandlung oder einer gewollten und bewirkten Heuchelei im Sinn der bayerischen Staatsräson war die Rede Lerchenfelds in der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei am 28. Oktober.

Hier äußerte der Graf, es sei besonders wichtig, den Trennungsschritt gegen die Sozialdemokratie besonders klar zu ziehen; man müsse auf der Hut sein...

Im übrigen ist es dem Herrn Grafen Lerchenfeld sicherlich bekannt, daß in der Reichsregierung Vertreter der christlichen und sozialistischen Weltanschauung zu gemeinsamer Arbeit vereinigt sind.

Des Weiteren: Ist dem Herrn Grafen bekannt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf ihrem Görtzher Parteitag durch die Annahme des Görtzher Programms und

der übrigen Vorkläger Beschlässe den Weg zur parlamentarischen Zusammenarbeit mit allen Parteien geordnet hat, die sich auf den Boden des bestehenden Volksstaates stellen. Hält der Herr Graf die Ausnahmebestimmung, die er uns gemäß seiner „Trennungstheorie“ zugeordnet hat, für seinen Regierungsbereich aufrecht für alle Zeiten?

In der obengenannten Versammlung hat Verchenfeld auch vor einer schrankenlosen „Industrialisierung“ Bayerns durch die Wasserkraftausnützung gewarnt. Die baldige und restlose Verwirklichung des Ausbaues der bayerischen Wasserkräfte und deren Verwertung für die deutsche Volkswirtschaft ist das vornehmste Ziel der bayerischen Sozialdemokratie. Den ersten Spatenstich an dem größten Kraftwerk hat ein sozialistischer „Revolutionsminister“, Erhard Luer, angeordnet. Gerade dieser ist rastlos tätig, um den letzten Wasserlauf in den Dienst dieser großen Sache zu stellen. Sie weist uns in gerader Linie auf unser Zukunftsideal hin, die „Arbeiter- und Bauernrepublik“ des industrialisierten bayerischen Hochlands.

Hier greift Graf Verchenfeld nach dem Fundament der Entwicklung zum sozialistischen Freistaat Bayern!

Welche nachteiligen Folgen erwartet sich denn Verchenfeld von einer der natürlichen Entwicklung gehorchenden Industrialisierung? Beabsichtigt er irgendwelche staatliche Maßnahmen dieser Warnung folgen zu lassen?

Der Schicksalener Bayerns möge auf der Hut sein! Sonst wird die Macht der Ereignisse über ihn hinweggehen!

München, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Spannung innerhalb der Bevölkerung Bayerns und vor allem Münchens ist durch die hemmungslose monarchistische Propaganda der letzten Tage außerordentlich gestiegen. So sieht man dem Bestattungstag des letzten Königs mit ernster Sorge für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens entgegen. Die SPD. hatte sich in einem offenen Schreiben an die USP. Münchens gewandt mit dem Ersuchen, den Bestattungsumzug durch antimonarchistische Demonstrationen zu stören. Hierauf setzte nun in der bürgerlichen Presse eine wüste Hege gegen alles, was sozialistisch ist, ein. Der „Miesbacher Anzeiger“ fordert die Bauernschaft zu Gewalttaten auf und sagt unter der Überschrift: „Bauern! Drecksiegel bereithalten“:

„Die Verhandlungen unter den Genossen sind im Gange. Das bayerische Volk wird diese nicht stören; aber die Bayern werden ihre Drecksiegel bereithalten und die anständigen Arbeiter werden jeden, der es wagen wird, den Tag, an dem das bayerische Volk trauernd das edle Königspaar dem Heimatboden übergibt, zu stören, mit ihren Drecksiegeln und schweißigen Händen bearbeiten. Jeder anständige Bauer hat es satt, sich von jedem hergelaufenen Lumpengefindel in den vaterländischen Gefühlen verletzen zu lassen.“

Leider ist die mangelhafte Geschlossenheit der Arbeiterschaft mit daran schuld, daß sich die Reaktion solche Frechheiten erlauben kann. Jetzt versucht der „Bayerische Courrier“, Unfrieden zwischen die Arbeiterschaft dadurch zu säen, daß er gelegentlich eines Nachrufs für den verstorbenen Erzbischof dessen Beziehungen zu dem Genossen Luer in einer jesuitischen Art ausschaltete. Das USP.-Organ, das den Plan nicht gleich durchschaute, nahm daraus den Anlaß, zu schreiben, diese Darstellung entspräche nur dem, was über Luers „Sabotage an der Revolution“ bekannt sei.

Diese bedauerliche Polemik stört leider die Verhandlungen innerhalb der Arbeiterschaft, den militärisch-monarchistischen Trauerfeiern der letzten Zeit eine mächtige Totenfeier als Demonstration gegen den Krieg entgegenzusetzen. Hoffentlich gelingt es dem Ministerium des Innern, welches der geplanten Totenfeier alle erdenklichen Hindernisse in den Weg stellt, die Arbeiterschaft durch diese Schikanen wieder zusammenzuschweißen.

Aufhebung der Bewährungsfrist. In dem Landfriedensbruchprozeß, der als Nachspiel zu antisemitischen Ausschreitungen am 14. bis 16. September vor dem Volksgericht in Memmingen stattfand, waren die Hauptangeklagten, der praktische Arzt Dr. S. C. i. u. s. und der Handlungsgehilfe Eduard Hall, zu je 1 Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist bis Oktober 1923 verurteilt worden. Wie uns ein Telegramm aus Memmingen meldet, hat jetzt das Oberste Landesgericht in München die Bewährungsfrist für die beiden Verurteilten aufgehoben, so daß sie die ihnen zuerkannte Gefängnisstrafe verbüßen müssen.

Kleiner Führer durch politische Berufe.

Von Hans Bauer.

Schwerer als je fällt heutigen Tages besorgten Eltern die Berufswahl für ihre Kinder, und schwerer als je ist es jetzt, in irgendeinem Berufe zu einer führenden Stellung zu gelangen. Die verantwortlichen Erzieher sollten deshalb mit Rücksicht auf charakteristische Eigenschaften bei ihren Kleinen zu erspähen trachten — charakteristische Eigenschaften, die auf besondere Eignung zu bestimmten Berufen schließen lassen. Auf bietet hierzu das Alltagsleben der lieben Kleinen bezeichnende Anhaltspunkte, die nicht übergangen werden sollten.

Da geschieht es vielleicht, o deutsche Mutter!, daß dein Karl als Kletterer einen Apfel anvertraut bekommt, den er unter seinen Schwestern teilen soll, und daß er die Leitung in der Welle vornimmt, daß er die von ihm bezorgte Elfe das ganze Fleisch abschlecken läßt, der wenig geklitzten Marie hingegen den Grieb vor die Füße wirft. Dieser ausgeprägte Sinn für verschiedenartige Behandlung läßt sich im praktischen Leben später einmal gut verwerten. Karl möge deutscher Strafrichter werden.

Eine andere Mutter betrachtet möglicherweise dieses an ihrem Söhnchen: Oskar zertoppert eine Baise, kriegt ob dieser Schandtat das Zittern in die Beinen, fühlt sich aber schnell von einem gescheiterten Einfall durchzuckt: er legt die Scherben wieder so aneinander, daß die Baise auf den ersten Blick heil zu sein scheint, und erst wieder in die Brüche geht, wenn sie am nächsten Morgen vom Dienstmädchen abgestaubt wird. Behauptet Oskar vom gellenden Organs, die Unvorsichtigkeit des Dienstmädchens sei an dem Malheur schuld, so deutet das auf Eignung zum Generalstabsoffizier in einem Revanchekrieg.

Einige Kinder haben auch die Eigentümlichkeit, die Verschiedenartigkeit der Erscheinungen stets auf die gleiche Ursache zurückzuführen. Der Kesse eines meiner Freunde z. B. leidet an der fügen Idee: Freitag ist ein Unglückstag. Der Freitag muß nun zu allem herhalten. Hat der hochfeste Knabe eine schlechte Zensur in der Schule gestriegt, so liegt das seiner Meinung nach nicht an der Mangelhaftigkeit seiner Arbeit, sondern daran, daß er sie entweder am Freitag zurückbekommen oder geschrieben oder die Tinte oder das Schreibzeug am Freitag gekauft hat. Diesem Knaben dürfte eine bedeutsame Zukunft bevorstehen. Er scheint zum Antisemitenführer prädestiniert.

Knaben hingegen, die kraft ihrer strohenden Bizeps zur Brutalität neigen und mit ungemessenen Kraftworten um sich werfen, sollten sich, ehe sie die Bogerkarriere einschlagen, doch überlegen, ob sie nicht lieber dem Hammer-Bund, einer Germanenloge oder den Nationalsozialen beitreten. Die paar etwa noch erforderlichen Kenntnisse im Zielschießen lernen sie ja schnell.

Unerwartet lassen Energielosigkeit und Dankelmut, die sich etwa beim Räuber- und Soldatenpiel geltend machen sollten, es

Die preußische Regierungskrise.

Auch im Verlauf des heutigen Vormittags sind entscheidende Schritte zur Neubildung der Regierung noch nicht erfolgt. Die Fraktionen des Zentrums und der Demokraten waren bis zur Mittagsstunde noch nicht beisammen. Die sozialdemokratische Fraktion befaßte sich mit der durch den Rücktritt des Kabinetts Stegerwald geschaffenen Lage. Nach Entgegennahme der Berichte war die Fraktion einmütig der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei durch ihr Verhalten im Reich auch für Preußen die Möglichkeit, in der gegenwärtigen Situation eine große Koalition zu schaffen, selber bereitet hat. Ferner ist die Fraktion gewillt, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß die Regierungsbildung nicht wieder wochenlang hinausgeschoben wird; sie wird alles daran setzen, die in Frage kommenden Parteien zu einer raschen und klaren Entscheidung zu veranlassen.

Der Kestenenauschuss des Preussischen Landtages beschloß in seiner Donnerstagssitzung um 12 Uhr, in der heutigen Plenarsitzung die Aussprache über Oberstleuten von der Tagesordnung abzusehen, sobald die Unterstützung für die Opfer von Oppau zu bewilligen und sich danach zu verhalten. Wobann wird am Nachmittag der Kestenenauschuss zusammentreten, um über die weitere Geschäftstages zu beraten.

Stegerwald und preußische Regierung.

Gegenüber einem Vertreter des WTB. äußerte sich der preussische Ministerpräsident über den Rücktritt der preussischen Regierung wie folgt: 1. Das Kabinett Stegerwald ist zurückgetreten, weil es seine innerpolitische Aufgabe, die Schaffung einer breiten Koalition nicht gelöst hat. Damit ist nicht der Kern der preussischen Regierungskrise getroffen. Der Rücktritt der preussischen Regierung ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß in Preußen die große Koalition schon seit den Wochen möglich war. Ihre Verwirklichung wurde zurückgehalten, um durch Preußen gleichzeitig auch für das Reich eine Befundung der parlamentarisch-politischen Verhältnisse herbeizuführen. In Preußen waren die Parteien, die in die Regierungskoalition einbezogen werden sollten, die Nehmen den (Anteilnehmer an der Verwaltung des größten Landes), im Reich dagegen waren sie die Gebenden (Bevollmächtigte von Besitz und Konsumverbrauchssteuern), und nun sind es wieder Vorgänge im Reich (ich erinnere an den Brief der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei an den Herrn Reichspräsidenten), welche die Befundung der politisch-parlamentarischen Verhältnisse in Preußen gefährden. In Zukunft wird Preußen bei der Gestaltung seiner parlamentarischen Verhältnisse nach eigenen Rezepten arbeiten müssen, ohne auf Vorgänge im Reich Rücksicht nehmen zu können. 2. In anderen Ländern arbeiten die Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus an deren Unterdrückung; in Deutschland tun dies die demokratisch orientierten Parteien selbst (?). Die Häufigkeit der Regierungswechsel in Deutschland und ganz besonders die Art und Weise, in der sie vor sich gehen, sind nicht geeignet, das parlamentarische System den breiten Volksschichten begehrenswert zu machen. Vor allem ist Obstruktion ein undemokratisches Mittel gleichgültig, ob es auf der Straße oder in Parlamenten angewandt wird. In England kennt man solche Hilfsmittel der Demokratie in dieser Form nicht.

Die Erfahrungen der letzten Tage haben bewiesen, daß der preussische Ministerpräsident nach der ihm durch die Verfassung gegebenen Stellung wohl bei der Neubildung der Regierung, nicht aber bei einer Regierungsumbildung ausreichende Initiative entwickeln kann. Bei Regierungsumbildungen ist der preussische Ministerpräsident eingeklemmt zwischen den Parteien auf der einen und dem Kabinett auf der anderen Seite.

Größere Beweglichkeit auf der Kabinettsseite verhindert die Verfassung; verfassungsgemäß kann der Ministerpräsident keinen Minister zum Rücktritt anhalten. Im Reich steht über diesen Dingen noch der Reichspräsident.

Zu dieser Sachlage kam noch ein persönlicher Umstand: Ich bin im April bei der endgültigen Wahl zum Ministerpräsidenten gegen die Sozialdemokratie gewählt worden und konnte darum, wenn ich weiterhin auf politische Folgerichtigkeit Wert legen wollte, nun nicht durch bloße Einbeziehung der Sozialdemokratie eine Regierung bilden, die als die alte Koalition angeprochen werden konnte. Für diesen Umstand sollten auch die Kreise der demokratischen Partei Verständnis zeigen, die jetzt in Zuschriften an die Presse an meinem Verhalten herumzweifeln suchen.

ratfam erscheinen, die Charaktereigentümlichkeiten späterhin nutzbringend im Dienste für die demokratische Partei zu verwerten.

Eindeutig wies mich auch das folgende Begebnis auf die spezielle Berufseignung eines Kindes hin. Eines Abends war ich im Keller meines Hauses zu später Stunde noch mit dem Schichten von Kartoffeln beschäftigt. Da hörte ich Schritte mir entgegenkommen, die aber plötzlich stockten. Und von der Kellertreppe her vernahm ich nun die Stimmen zweier Nachbarskinder folgendes murmeln: „Du, Emil, im Keller scheint ein Kerl zu sein!“ — „Ach, Unsinn! Das wird einer aus dem Hause sein.“ — „Rein, Emil: Das ist ein Kerl!“ — „Dann wollen wir uns aus dem Stauwe machen.“ — „Quatsch! Du gehst runter in den Keller, packst den Kerl und hältst ihn!“ — „Ach? Warum soll ich denn das machen?“ — „Weil ich inzwischen den Schuhmann holen will, Du Kindvot!“ — „Du, Georg, wenn ich nun den Schuhmann holte, und wenn Du dafür...“ — „Wachlappen! Berräter!“ — Eilige Schritte entfernten sich.

Sagt selbst, wäre es nicht eine Sünde, wenn Georg nicht außerpolitischer Redakteur eines alldeutschen Blattes würde?

Hollendorf-Theater: „Die Ehe im Kreise.“ Edward Künnecke, der Hauskomponist am Hollendorf-Theater, ist eine Art Kulturfaktor für WTB geworden. Diese mandanten Damen und Herren, die noch vor wenigen Jahren die entsehltesten Schmarren mit Hurrobergeisterung genossen, werden jetzt unter Künnecke direkt literarisch. Literarisch ist sie zwar nur äußerlich, diese „Ehe im Kreise“ — sehr frei nach dem genialen Molliere-Kleistischen Lustspiel „Amphitruon“. Aber es ist doch einmal ein Versuch eines Neuen, Höheren. Nicht mehr Atmosphäre Maxim, sondern Offenbach. Das erstere Trio: Amphitruon, Kilmene, Jupiter ist etwas stark veracht und karikiert worden, Sofas, Charis, Nerker ebenfalls in der Anlage bedeutend verändert, aber sehr viel glücklicher weil geistvoller und geeignet mit allen nur erdenklichen Geistesfähigkeiten. Die Europa ist Neuschöpfung und da Claire Waldoff auf den Leib geschrieben, trotz einiger abstoßender Eindeutigkeiten, von zwerchfellerschütternder Wirkung. Das Ganze etwas zu lang ausgebeutet, aber, wenn auch im Zweckeren, die alte Operette mit Boston, Fortritt u. a., doch dem Sinn nach etwas von einem Offenbach-Redivivus.

Zu diesem Text von Haller und Künnecke hat Künnecke das ungleich Wertvollere gefügt: eine Musik voller Schlagkraft, schön drap an der Erde, die wir nun einmal gewöhnt sind, lustig und nie grüblerisch, trotzdem aber im besten Sinn charakteristisch und farbenreicher als sonst. Hermann Haller sorgte für die feinste Ausstattung. Max Roth für animierteste musikalische Aufführung. Die Darstellung war allerersten Ranges. Der lange, altjüngferliche, verbildete Jupiter Karl Geppert, der listige Frechdachs Merkur Kurt Lillen, Amphitruon Hellmut Neugebauer, die vornehme Kilmene Vori Leuz, der wunderbar gesummerte Sofas Eugen Reg, Charis M. A. r. e. n. g. o., ein sehr sympatischer Tolent, schließlich Europa, der beste Mann des Abends, Claire Waldoff — wo war da auch nur ein Darsteller zweiten Ranges? Das Publikum fühlte sich, die literarische Einschätzung tat ihm wohl. Es merkte gar nicht, daß es doch eigentlich nur in der Diele war.

Kautsky und die USP.

Die „Pravda“ veröffentlicht einen Artikel Kautskys gegen Kautsky, der neben den üblichen belanglosen Schimpfereien auch eine interessante Behauptung über den Wandel im Verhältnis der USP. zu Kautsky enthält. Kautsky sieht in Kautskys neuem Buch „Von der Demokratie zur Staatsklaverei“ einen Beweis für den „Riedergang der USP.“ und bemerkt dazu:

Dieselbe Partei, die im vorigen Jahre nicht den Mut hatte, Kautsky anzuerkennen, dieselbe Partei, deren Führer Dittmann auf dem zweiten Kongress der kommunistischen Internationale erklärt hat, daß Kautsky nur deswegen aus der Partei nicht ausgeschlossen sei, weil er sich in Wien befinde — dieselbe Partei veröffentlicht jetzt eine Broschüre Kautskys, die nichts anderes als eine Spekulation auf den Sturz der Sowjetregierung darstellt.

Die Bemerkung Kautskys ist so auffällig, daß man wohl erwarten kann, Dittmann werde sich zu ihr äußern.

Erhöhung der Börsensteuer?

Am Steuerausschuss des Reichstages wurde heute der Bescheid über die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer behandelt. Es lag ein Antrag Reil (Soz.) vor: Die Reichsregierung wird ermächtigt, den Steuerfuß der Tariffnummer 4a-5 des Reichssteuergesetzes vom 3. Juli 1913 in der Fassung des Gesetzes vom 28. Juli 1918 bis auf 1 v. H. und im Falle der Ermächtigung unter 1 zu dieser Tariffnummer bis auf 2 vom Tausend zu erhöhen. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, den Steuerfuß der Tariffnummer 4a-6 bis auf 1 v. H. zu erhöhen und diese Steuer auf andere Anschaffungsgegenstände auszudehnen, die auf ausländische Währung lautende Zahlungsmittel zum Gegenstande haben und bisher nicht unter die Tariffnummer 4a,6 fielen oder von der Steuer befreit waren. Zur Durchführung dieser Vorschriften kann der Reichsminister der Finanzen weitere Anordnungen erlassen.

Hierzu beantragte Abg. Bernstein (Soz.), daß dieses Gesetz mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft treten solle. Zur Begründung wurde angeführt, daß die Zustände an der Börse eine möglichst schnelle Erhöhung der Börsenumsatzsteuer für Aktien und Rüge außerordentlich dringlich erscheinen lasse. Das Ziel würde nicht schnell genug erreicht werden, wenn der Ausschuss zunächst den inzwischen dem Reichstag zugegangenen Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes mit der gebotenen Gründlichkeit durchberaten wolle. Für den gegenwärtigen Zeitpunkt erscheine es wichtiger, lediglich die Tariffnummer des Reichssteuergesetzes, die sich auf die Börsenumsätze von Aktien und Rügen bezieht, zu erhöhen und zugleich die bisher dem Reichssteuerrecht fremde Devisenbesteuerung einzuführen. Beiden werde schon aus technischen Gründen am zweckmäßigsten in der Form einer Ermächtigung an die Reichsregierung erfolgen.

Die Börsenumsatzsteuer für Aktien und Rüge hätte bisher nach Tariffnummer 4a/5 in Verbindung mit Artikel 26 des Gesetzes vom 28. Juli 1918 für Kundengeschäfte 3 pro Mille und für Händlergeschäfte 0,5 pro Mille betragen. Bei der jetzigen Lage des Kapitalmarktes und bei der starken Spekulation an der Börse erschienen 1 Proz. bzw. 2 pro Mille als mögliche Höchstgrenzen.

Der Handel mit Zahlungsmitteln in ausländischer Währung sei bisher in Tariffnummer 4a/6 geregelt, jedoch beziehe sich diese Regelung nur auf ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld oder ausländische Geldsorten, bei einem Steuerfuß von 2/10 pro Mille. Die Ausdehnung auf die Devisenumsätze erweise dringend geboten. Der Höchstfuß werde hier nicht allgemein für alle Anschaffungsgegenstände über Zahlungsmittel ausländischer Währung 1 Proz. betragen können, dieser Satz werde vielmehr nur für ausländische Geldsorten möglich sein. Für Devisenumsätze werde entsprechend dem Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes ein höherer Satz zu wählen sein. Die Bemessung werde mit Rücksicht auf die schwankende Lage des Devisenmarktes der Reichsregierung überlassen bleiben müssen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Notwendigkeit der Arbeitsstimmung allgemein anerkannt wurde, kam man zu dem Ergebnis, der Besprechung in den Fraktionen anheimzustellen, es möchten dem 11. Ausschuss (Steuerausschuss) überwiegen werden: Die Vermögenssteuer, die Vermögenszuwachssteuer, die Vermögenszuwachssteuer aus der Nachkriegszeit, die Körperschaftsteuer, die Umsatzsteuer, die Kapitalverkehrssteuer und die Versicherungssteuer. Einem neu zu bildenden Ausschuss solle dann überwiegen werden: Die Kennweit- und Kraftfahrzeugsteuer, die Verbrauchssteuer für Zucker und anderen Süßstoff, die Zölle und übrigen Verbrauchssteuern und das Branntweinmonopol.

Ein Nationalökonom auf der Walze. Man kann die Empfindungen und Anschauungen eines Arbeiters nicht dadurch kennenlernen, daß man ihn über allerlei befragt, um ihn ganz zu verstehen, muß man mit ihm leben und essen, und was das Wichtigste ist, mit ihm arbeiten. Aus diesem Grunde habe ich seit Januar 1919 in Bergwerken, Werften und Stahlwerken in Amerika, Großbritannien, Frankreich und Deutschland gearbeitet. Mit diesen Worten teilt ein junger amerikanischer Nationalökonom Whiting Williams eine Schilderung seiner Erfahrungen ein, die er unter den Arbeitern der verschiedenen Länder gemacht hat. Die Arbeiter hätten ihn überall als ihresgleichen aufgenommen, berichtet er, und aus dieser engen Gemeinschaft heraus hat er sich überzeugt, daß nicht so viel unruhige und böswillige Elemente in der Arbeiterschaft dieser Länder sind, als man vielfach behauptet. Der revolutionären Strömung, die nach dem Kriege unter den Arbeitern Platz griff, steht eine sehr bedeutende, gemäßigte Bewegung gegenüber. Besonders traurig sind die seelischen Konflikte, in die der Arbeiter durch die jetzt so vielfach herrschende Arbeitslosigkeit geworfen wird.

Aus dem amerikanischen sowie aus dem Bonaner Fabrikleben gibt Williams passende Bilder von dem Unglück, in das Millionen von Menschen geraten sind, weil sie auf den nächsten Tag nicht wissen, ob es für sie Arbeit geben wird. „Die Unsicherheit und Unregelmäßigkeit der Arbeit“, meint er, „ist einer der wichtigsten Einflüsse im menschlichen Leben. Der Alp des Wertarbeiters in unseren Tagen ist, daß er niemals weiß, ob es noch Arbeit für ihn geben wird, und wenn er Arbeit bekommt, das Bewußtsein hat, daß er sie einem Kameraden wegnimmt.“ Man solle sich nicht über die amerikanischen Bergwerksarbeiter wundern, die nur noch fünf Tage in der Woche und sechs Stunden den Tag arbeiten wollen. Wer jemals in einer amerikanischen Bergwerkstadt gelebt habe und die atemlose Spannung beobachtet, mit der die ganze Bevölkerung am Abend auf das Signal lauscht, das anzeigt, ob die Bergwerke am folgenden Tage arbeiten oder nicht, der weiß, was das Aufhören der Arbeit für diese Leute bedeutet. „Der Arbeiter will arbeiten“, sagt Williams. „Er kann die innere Aufregung, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, nicht ertragen, und er wird dadurch demoralisiert ebenso wie durch unregelmäßige Arbeit.“

Maxim Gorki in Berlin. Mittwochs früh ist Maxim Gorki von Stockholm aus in Berlin eingetroffen. Von hier aus will er in einigen Tagen zur Kur nach Kautskys fahren.

Am Institut für Auslandsrecht an der Universität Berlin werden auch in diesem Wintersemester Vorlesungen und Kurse veranstaltet, die die Studierenden in das Wirtschaftsrecht des Auslandes einführen sollen. Näheres am Samstag Abend und am Zimmer 255.

Das Reich der Journalisten, das vom Verein Berliner Journalisten am 8. Nov. im Zoo veranstaltet wird, hat ein außerordentlich vielseitiges Programm anzuweisen. Vorklauer, Salomon, Kupfer, Wada Christian, Valerie Feub, Wilm Flohr, Olga Desmond, Blaudine Ehinger, Oskar Sabo, Eugenie Eudardowa u. a. haben ihre Mitwirkung zugesagt.

Prof. Andreas Heusler, der Rechtsgelehrte, der über 50 Jahre lang an der Kaiser-Universität des Reiches Straßburg und Zivilprozessrecht gelehrt hat, ist im Alter von 87 Jahren in Genf gestorben. Zahlreiche Besuche machten seinen Namen weit über die Grenzen der Schweiz berühmt. Sein Sohn ist als Professor der Germanistik an der Berliner Universität tätig.

Ostfragen.

In den östlichen Randstaaten ringen augenblicklich England, Frankreich und Amerika um die wirtschaftliche Vormachtstellung. Während in Litauen amerikanische Finanz- und englische Handelskreise in den Vordergrund treten, macht in Lettland und zum Teil auch in Estland die französische Kulturpropaganda besondere Anstrengungen, ohne es allerdings in wirtschaftlicher Hinsicht mit der englischen Konkurrenz aufnehmen zu können. Frankreichs Absicht geht dahin, die östlichen Splittstaaten durch gegenseitige Verträge zu einem großen Block unter polnisch-französischer Führung zusammenzuschweißen. Die Militärkonvention zwischen Polen und Frankreich ist bekannt. Seit geraumer Zeit werden auch Verhandlungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei geführt, deren Zweck ein Rückversicherungsvertrag zwischen beiden Staaten ist. Auch diese Verhandlungen scheinen nunmehr vor dem Abschluß zu stehen. Die Tschechoslowakei ihrerseits ist mit Rumänien und Jugoslawien in der sogenannten Kleinen Entente verbunden, so daß Frankreich seinem Ziel, Ausnahme Polens in die Kleine Entente, um einen Schritt näher gekommen ist.

Nach Osten hin lag es in der Fahrtrichtung der französischen Politik, Polen in das lose Wirtschaftsbündnis zwischen Finnland, Estland, Lettland und Litauen einzubeziehen. Der Vorschlag des Belgiers Hymans, die Wilna-Frage durch eine Konvention zwischen Litauen und Polen zu lösen, steuerte an diesem Ziel nicht vorbei. Er scheiterte an dem Widerstand Litauens, wie es überhaupt bemerkenswert war, daß Litauen den Wirtschaftskonferenzen der baltischen Staaten, an denen Polen teilnahm, fernblieb. Die baltischen Staaten haben nunmehr mit ihrem großen und vor kurzem noch gefürchteten Nachbarn Sowjetrußland einen Handelsvertrag abgeschlossen, der für die Entwicklung des Ostproblems von entscheidender Bedeutung werden kann. Bei den starken Gegensätzen, die zwischen Sowjetrußland und Polen bestehen, dürfte damit zunächst Polens Einfluß auf das Baltikum in den Hintergrund gedrängt worden sein.

Militärkonvention zwischen Tschechoslowakei und Polen?

Wien, 2. November. (WZ.) Der Prager „Bentoo“ meldet aus Warschau, der Minister des Äußeren Strumant erklärte im Parlamentarischen Ausschuß für Auswärtiges, der einstweilige polnisch-tschechoslowakische Handelsvertrag sei bereits unterschrieben, er werde jedoch erst nach Abschluß des politischen Uebereinkommens zwischen den beiden Staaten in Kraft treten. Polnischen Blättern zufolge soll dieses politische Abkommen folgende drei Bedingungen enthalten: 1. Gegenseitige wohlwollende Neutralität für den Fall eines Angriffes seitens einer benachbarten Macht, 2. Freiheit des Munitionstransportes über die Grenze, 3. Einsetzung einer gemischten Kommission zur Regelung der Frage der Minoritäten.

Zur Meldung über die heutige Ankunft des polnischen Ministers des Äußeren in Prag bemerkt der „Bentoo“, daß dieser wichtige Besuch wahrscheinlich den Abschluß der politischen Verhandlungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei bedeute.

Wirtschaftsabkommen zwischen Rußland und dem Baltikum

Riga, 2. November. (OE.) Die Rigaer Wirtschaftskonferenz zwischen Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Sowjetrußland hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Die Konferenz faßte den Beschluß, daß noch bis zum Jahreseschluß zwischen Sowjetrußland und den vier Nachbarstaaten Handelsverträge auf der Grundlage der gegenseitigen Meißbegünstigung abgeschlossen werden sollen und trat eine Reihe von Abkommen auf dem Gebiete des Verkehrswezens. Es wurde ferner beschlossen, in Riga ein ständiges wirtschaftliches Bureau aus Vertretern der fünf Staaten zu bilden, das die Konferenzbeschlüsse durchführt und die Lösung verschiedener Finanzfragen vorbereiten soll. Zur Regelung des Verkehrswezens sollen ständige Ausschüsse in Riga und Helsingfors gebildet werden. In seiner Schlußrede erklärte der Vorsitzende der Konferenz, der lettische Wizeminister Albat, der ersten Wirtschaftskonferenz würden weitere folgen.

Vorbereitungen für Washington.

Paris, 3. November. (OE.) Stephan Lauzanne drahtet dem „Matin“: Während der ganzen Tagung der Abrüstungskonferenz sollen keinerlei alkoholische Getränke verabreicht werden, auch bei den offiziellen Banketts wird man nur Milch, Zitronen und Limonade servieren. Die Japaner geraten dadurch in einige Verlegenheit, da offizielle Trinksprüche bei ihnen nur bei einem Glase Wein ausgebracht werden. Sie wollen diesem Dilemma dadurch entgegen, daß sie sich nur erheben und sich auf ein dreimaliges „Banjai“ beschränken.

Für die Bedürfnisse der Journalisten wird auf der Konferenz in weitestgehendem Maße gesorgt werden. Zahlreiche Telefonapparate stehen zur Verfügung, desgleichen Stationen für drahtlose Telegraphie, Arbeitsstühle, Maschinenschreiberinnen in großer Zahl usw. Die Sitzungsberichte sollen den Journalisten stündlich in französischer und englischer Sprache vorgelesen werden. Ferner werden sie freien Zutritt zu der Pan-American-Hall haben, wo die Delegierten tagen. Präsident Harding wird die Journalisten wöchentlich zweimal empfangen.

Absahrt der englischen Delegation.

London, 2. November. (OE.) Heute fuhr die für die Washingtoner Konferenz bestimmte englische Abordnung nach Liverpool ab, wo sie sich an Bord des Dampfers „Empereur of France“ einschiffen wird. Die Delegation fährt über Kanada nach Washington.

Lord George wird sich einstellend nicht nach Washington begeben können, doch hofft er, der Washingtoner Konferenz in ihrem weiteren Verlaufe beiwohnen zu können. Die englischen Verhandlungen wurden heute nicht fortgesetzt, dennoch zeigt man sich heute in London optimistischer als gestern, weil man glaubt, Ulster werde einer Volksabstimmung, die gegebenenfalls die beiden Großstaaten Fernmanagh und Tyrone Südisland zuteilen würden, seine Zustimmung geben.

Verhaftungen in Gleiwitz.

Gleiwitz, 2. November. (WZ.) Gestern Abend gegen 8 Uhr erschienen plötzlich in der Lohmeierstraße französische Soldaten, die die Zugänge zum evangelischen Vereinshaus absperren. Es wurde eine Durchsuchung der Räume des Vereinshauses vorgenommen und die an einem Abendabend teilnehmenden Leute — ehemalige Kriegsteilnehmer und frühere Schüler der Mittelschulen, etwa 60 an der Zahl — wurden verhaftet und nach der Franzosenkaserne gebracht.

Groß-Berlin

Publikums-Streit.

Selten hat ein Streit so lange gedauert, wie der der Groß-Berliner Gastwirtschaften. Selten aber auch sind über einen Streit im großen Publikum so falsche Ansichten verbreitet wie in diesem Falle. Das Publikum, in der Hauptsache bürgerlich und in sozialen Dingen noch überaus naiv, denkt ungefähr so: „Ob wir für alle Speisen und Getränke dem Bedienenden 10 Prozent Aufschlag zahlen müssen oder nicht, ist für unseren Geldbeutel ganz gleichgültig. Wird der Aufschlag nicht gefordert, dann rechnet der Arbeitgeber den gleichen Betrag dem Preis für Speisen und Getränke zu, um den zu zahlenden festen Lohn nach altem Muster auf uns Gasse abzuwälzen. Der Streitgegenstand geht also uns Gäste gar nichts an.“ Das ist falsch. Heute schon bezahlt das Publikum höhere Preise, weil die Kellner einen festen Lohn bezogen und diesen natürlich nicht der Wirt bezahlt. Jetzt will man den festen Lohn befreitigen und das 10-Prozent-System einführen. Das bedeutet, die hohen Preise, in die die Löhne einberechnet waren, bleiben bestehen, der Lohn wird aber nicht mehr vom Unternehmer, sondern vom Publikum in Form des Bedienungsgeldes gezahlt. Der Wirt hat aber den Profit und das Publikum wird mehr geschöpft.

Die Kellner und sonstigen Bedienenden wollen aber kein entwürdigendes Trinkgeld. Sie haben es im letzten Jahre nur unter dem Druck ihrer sozialen Notlage zu dem niedrigen Lohn angenommen. Auch das Publikum ist im allgemeinen gegen das Trinkgeld und hat solches gerade während des letzten Jahres nur aus Mitleid und für besondere Leistungen gegeben. Sind denn aber die zehn Prozent etwas anderes als das alte Trinkgeld? Sie sind sogar noch viel Schlimmeres, weil sie nunmehr, um dem Gastwirt die Lohnzahlung zu ersparen, den Gast zu einem Trinkgeld in bestimmter Höhe zwingen. Der Gast hat aber obendrein gar keine Kontrolle, ob dieses von ihm erzwungene Trinkgeld, dessen Gesamthöhe dem Kellner täglich auf Grund des Umsatzes bis auf den Pfennig nachgerechnet werden kann, auch wirklich in die Tasche des Bedienenden fließt oder ob nicht allerlei Kürzungen zur Deckung anderer Geschäftskosten vorgenommen werden. Darüber hinaus birgt aber das Bedienungsgeld noch eine andere Gefahr. Es ist sehr leicht möglich, daß verschiedene Kellner durch dieses Lohnsystem sehr gut verdienen. Das werden sich die Unternehmer aber nicht lange mit ansehen; sehr bald werden sie dazu übergehen, den Prozentfuß zu kürzen und das Einkommen ihrer Kellner schmälern. Der Aufschlag auf die Speisen und Getränke wird aber gleich bleiben. Das Publikum kann zahlen, denkt der Wirt, denn ich muß verdienen.

Was also die Kellner mit Hug und Recht wollen, ist die Befreiung — auch des Publikums — vom Trinkgeld. Und dieses selbe Publikum merkt in seiner Gedankenlosigkeit gar nicht, wie ihm von den Gastwirten das Fell über die Ohren und das Geld aus dem Beutel gezogen werden soll. Es ist, durch die bürgerliche Presse aufgewiegelt, zum großen Teil gegen die Kellner, die nicht nur für die eigenen Lebensinteressen, sondern auch für die Interessen des Publikums kämpfen.

Wann endlich kommt der längst notwendige Publikums-Streit? Wann ist die Kammegebild dieses Publikums, das nur schimpft, aber niemals sich in großer Bewegung zum Handeln einschließt, am Ende angelangt? Hätte das Publikum in richtiger Erkenntnis der Lage sich gegen die Trinkgeldsteuer der Gastwirte gewehrt und den festen Willen gezeigt, nicht der am meisten leidtragende Teil zu sein, dann wäre der Kellnerstreit längst vorbei. Ohne Gäste können auch die Gastwirte nicht leben.

Die Bergungsarbeiten am Wrack des „Storkow“.

Erfolgreiche Suche nach Vermissten.

Am heutigen Donnerstag vormittag wurden an der Anglicken Stelle vor Hanel die Vorbereitungsarbeiten zur Hebung des Dampfers „Storkow“ fortgesetzt. Diese Vorbereitungen, die den schwierigsten Teil der Hebung darstellen, werden voraussichtlich noch heute und morgen andauern, bevor die Hebung selbst in Angriff genommen werden kann. In mühseliger Arbeit muß von dem Taucher der täglich tiefer in den Schlamm sinkende Schiffsrumpl mit Ketten unterfangen werden. Gestern war es dem Taucher Pollock gelungen, das Heck des „Storkow“, wo die Verhältnisse verhältnismäßig gering ist, mit einer Seile zu unterfangen, mit deren Hilfe heute vormittag die erste Kette angebracht werden soll. Im ganzen werden sechs Ketten nötig sein, um den „Storkow“ zu heben, der dann zwischen zwei großen Brähnen nach der Potsdamer Werft der Stern-Gesellschaft geschleppt werden soll.

Die ununterbrochene Nachforschung des Reichswasserschuhes und der mit der Absuchung der Ufer betrauten Schuppolizeikommandos nach treibenden oder angeschwemmten Leichen sind bis zur Stunde erfolglos geblieben. Es wird damit gerechnet, daß die Leichen der noch vermissten neun Passagiere des „Storkow“ erst am sechsten oder siebenten Tage nach dem Unfall, also am Sonnabend oder Sonntag, wieder an die Oberfläche kommen werden. Seitens des Reichswasserschuhes Potsdam, der für die Hangelgewässer bis zum Wannsee zuständig ist, ist jetzt eine Untersuchung zur Klärung der rein schuhtechnischen Fragen des Dampferzusammenstoßes eingeleitet worden. Die bisherigen

Vernehmungen

haben ergeben, daß im Augenblick des Zusammenstoßes am Bord des „Storkow“ der Steuermann Budia das Steuer führte, während Kapitän Gottlieb Rickelmann, der gerade von seinen Fahrgästen das Fahrzeug einlieferte hatte, in der Nähe der Kommandobrücke stand. Es steht fest, daß Budia den „Storkow“ auf vollkommen vorgeschriebenen Kurs gehalten und daß er die Richter des „Kaiser Wilhelm“ rechtzeitig gestoppt hat. Ueberdies wurde er auch von seinem Kapitän nach auf die Richter des entgegenkommenden Dampfers aufmerksam gemacht. Die von dem „Storkow“ daraufhin ausgeführten Steuermandate waren durchaus korrekt und entsprachen der ganzen Sachlage.

Das Dampferwrack auf dem Wannsee wird von einem Schwindler ausgenutzt, der schon an verschiedenen Stellen aufgetreten ist, bisher allerdings ohne Erfolg. Nach den bisherigen Feststellungen scheint es der gemeingefährliche Verbrecher auf Ausplünderungen der Wohnungen von Angehörigen der bei dem Dampferunglück ums Leben gekommenen Personen abzusehen zu haben. Diese Gelegenheit hat sich ihm bisher jedoch nicht, da die betreffenden Personen ihre Behausung unter Aufsicht zurückließen. Der Gauner, auf den die Kriminalpolizei schandet und vor dem hiernit gewarnt sei, ist ein Mann von etwa 40 Jahren. Er ist 1,65 bis 1,70 Meter groß, hat hellbraunes Haar und ein blasses Gesicht und trägt einen Anzeifer. Bekleidet ist er mit einem dunklen Mantel und einer hellbraunen Sportmütze mit Gurt. Unter dem Arm trug er eine Dopp-Schreibmappe. Wenn der Schwindler noch andere Leute ausnutzen sollte, so ersucht Kriminalkommissar Herrmann vom Polizeiamt Schöndorf um sofortige Mitteilung.

Buchmacher in Rößen.

Die Reichsweltzentrale macht ihnen Kopfschmerzen. Es man Mittwochabend fragend durch das schaurigste Kriegervereinshaus ging — es lagten dort Beline ehemalige ehemalige —, wurde einem gesagt: „Die Buchmacher sind oben“. Da

kann, in aufgefundenen Bruchstücken der Unterbekleidung, es einem sogleich entgegen: „Ich weite 1000 Mark mit Dir“. „Wer hat das letzte Kennen“, „Wieviel bringt der Schinder?“. Dort hielt nämlich der Zentralverband Deutschlands zur Wahrung der vom Rennwettgesetz berührten Interessen eine öffentliche Protestversammlung ab. Am Vorstandstisch saßen die ganz großen Buchmacher. Unter den großen Buchmachern sind Leute, die von den Rennställen besitzen 40 000—50 000 Mark auf ein Pferd annehmen. Dabei ist das Buchmachen verboten, weil bei dem heutigen Stand der Dinge diese Wetten steuerlos laufen und somit der Staat um seinen Verdienst kommt. Aber die so grechzig wettenden Herren Bekker tragen ihr Geld ganz bestimmt nicht an den Tote, die staatliche Wettmaschine, weil bei der, wenn viel auf einem Pferd liegt, die zur Auszahlung kommende Quote gar zu niedrig ist. Diese wettenden Herren Bekker, sie brauchen keine Lizenz, denn sie sind reich, das genügt den maßgebenden Instanzen, halten sich den Rennstall „aus den lautersten Interessen, aus reiner Passion“. (Das ist in den Sportzeitungen nachzulesen.) Dabei würden diese Leute auch, zugunsten der Landespolizei, Haupterde und Seepferde ziehen, wenn sich nur Wetten darauf unterbringen ließen. Das nur nebenbei.

Doch der Zentralverband versteht sie zu arrangieren. Zuerst wurde den Buchmachern, die jetzt „um ihre Existenz ringen“, von einem Rechtsanwalt erklärt, was sie eigentlich sind. Also, der Buchmacher ist ein Geschäftsmann und kein Spieler. In Deutschland aber wurde durch das Gesetz der Buchmacher ein Spieler, und zwar ein Gegenspieler des Wetzlers. Das Reichsgericht erkennt keine Wette an, sondern ein Spiel, ein Glücksspiel, während der Jurist es als Berechnungsspiel ansah. Die geplante Reichsweltzentrale erklärte er für eine schöne Geste und ein Ding der Unmöglichkeit. Ein Sportredakteur sprach sodann für die Konfessionierung der Buchmacher. Genau so sprachen sich alle Diskussionsredner aus, jeder die geplante Besteuerung zu hoch findend, weil sie sämtlich Buchmacher waren. U. a. wurde vorgeschlagen, neben der Reichsweltzentrale auch noch die Buchmacher zu konfessionieren. Ferner trat ein Sozialist auf, der recht verärgert vom Volksempfinden redete und so wohl nicht damit einverstanden war, daß die Sozialisten den Wetten freundlich gegenüberstehen.

Dan dieser Anschauung werden sich freilich die Sozialisten nicht abbringen lassen und es handelt sich auch nicht darum, dem Volke das Wetten möglichst schmackhaft zu machen und es ihm verführerisch darzustellen, sondern es gilt bei der bevorstehenden Gesetzesberatung nur zu erwägen, wer bringt dem Staat die meisten Steuern und der Landespolizei die Nutzen, die Rennwettzentrale oder der konfessionierte Buchmacher?

Der „Fahnenraub“ von Dahme.

Eine zerrissene kleine schwarzweißrote Fahne und ein zerbrochener Fahnenstock liegen diese Anklage, die auf Landfriedensbruch lautet, aufbauen. Eine kleine Fahne und ein Riesenprozeß — 13 Angeklagte: Tischler Otto Frieze, Zigarrenmacher Carl Frieze, Arbeiter Richard Gerich, Zigarrenmacher Wilhelm Schuhmann, Arbeiter Otto Rothenberg, Zigarrenmacher Carl Wilkins, Schuhmacher Johann Fleische, Zigarrenmacher Hermann Lehmann, Zigarrenmacher Paul Lorenz, Zigarrenmacher Karl Flemming, Zigarrenmacher Paul Weisler, Schneider Otto Jacker, Ofenseher Frieze aus Dahme. Die Genossen sind angeklagt, am 19. September 1920 zu Dahme gemeinschaftlich die Fahnenträger des Deutschen Jugendbundes gelegentlich eines Festzuges widerrechtlich durch Gewalt zu einer Duldung genötigt zu haben, indem sie den Genannten die mitgeführte schwarzweißrote Fahne entrißen und sie zwangen, ohne Fahne weiterzugehen. Den Vorstuh führt Landgerichtsdirektor Keller, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Junge. Ueber 80 Zeugen sind geladen. Der Zuhörerraum ist dicht gefüllt.

Wir werden über den Ausgang des Prozesses in der Morgenausgabe ausführlich berichten. (1031)

Wie die Schupo mit der Arbeiterjugend demonstrierte.

Die Arbeiterjugend Berlins und der Provinz Brandenburg hielt vom Sonntag, den 23., bis Freitag, den 30. Oktober d. J., in Oranienburg einen Jugendleiterkursus ab, an dem neunzehn Jugendgenossen und -genossinnen teilnahmen. Raum für den Kursus und Gelegenheit zum Ueberrachten für die Teilnehmer wurden der Arbeiterjugendorganisation nach längeren Verhandlungen des Genossen Rüdiger mit dem Kreisjugendpfleger des Kreises Niederbarnim in der dortigen Jugendherberge (Jugenddeutschland-Haus) bewilligt. Der Kursus verlief zur Zufriedenheit aller Teilnehmer bis zum Freitagabend ungestört. Da erschien gegen 7 Uhr plötzlich ein Beamter der Schupolizei und erkundigte sich nach dem Leiter des Kursus, der sich als solcher legitimierte. Am 30. Oktober bereiteten sich dann die Kursteilnehmer zur Fahrt des 31. Jahrestages der Aufhebung des Sozialistengesetzes. Da Kopfte es heftig gegen die Tür und gleich darauf erschien der Beamte wieder, und zwar diesmal mit einer Streife der Schupolizei. Er erklärte, daß sämtliche Teilnehmer zur Feststellung nach dem Polizeigebäude mitgehen müßten. Darauf aufmerksam gemacht, daß er angeblich solle, um was es sich handle und daß der Aufenthalt in der Jugendherberge berechtigt sei, drohte der Beamte die Anwendung von Gewalt an. Um Zwischenfälle zu vermeiden, erklärten sich der Genosse Rüdiger und die Teilnehmer bereit, mitzugehen.

Das war ein sonderbarer Marsch durch die abenddunklen Straßen Oranienburgs. Voran der gestrenge Schupobeamte, ein paar Schritte hinter ihm wieder ein „Grüner“, zu beiden Seiten und der Schwanz des Zuges: Schupo. Und in der Mitte ging die Arbeiterjugend und sang ihre Kampflieder. Die alten Väter, die schon die Väter sangen und die auch das Sozialistengesetz nicht ausrotten konnte aus den Herzen der proletarischen Kämpfer. Mit gemischten Gefühlen werden die Schupolisten mitmarschiert sein. Die Straßenpassanten werden gedacht haben: „Die Schupo hat sich mit demonstrierender Arbeiterjugend verbrüdet.“ Auf der Polizeistation erklärte der „Kommissar“ dem Genossen Rüdiger, daß er nicht wisse, warum die Schupolizei die Vorführung veranlaßt habe. Der Beamte stellte noch die Adresse des Genossen Rüdiger fest, dann ging es in der Nacht durch die Stadt zurück. Diesmal aber ohne Begleitung.

Sperre über die Prater-Lichtspiele Kasanien-Allee. Wegen Tarifdifferenzen steht sich die Deutsche Filmgewerkschaft verweigert, die Sperre über die Prater-Lichtspiele, Kasanien-Allee, zu verhängen. Wir eruchen die Bevölkerung, dieses Theater unbedingt zu meiden und für Verbreitung dieser Nachricht Sorge zu tragen.

Ausschuh der SPZ-Göhre Groß-Berlin. Die beiden gemeinsamen Chorproben zum 20. November haben am 8. und 12. November in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 15, von 10 bis 12 Uhr statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist notwendig. Mitgliedskarte legitimiert.

Die Unterrichtsstufe für Arbeiter G. B. nehmen noch Hörer auf. Gelesen wird richtig deutsch werden, schreiben und sicher rechnen. Jeder Schüler dauert 12 Wochen und findet einmal wöchentlich abends von 7 $\frac{1}{2}$ bis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr statt. Hörgeld 5 Mk., Arbeitslohn frei. Der Unterricht findet in Schulen statt: Göhre 23a, Weberstraße 12, Gleiwitz 49, Postamer Str. 8; Krenzlin, Kallers-Friedrich-Str. 208/10; Wittenberg, Kallers-Str. 8 und Kallers-Str. 23; Rembrandtstr. am Montag, 7. Nov., Wittenberg, Wittenberg-Str. 23; Dienstag, 8. Nov., Postamer Str. 8; Mittwoch, 9. Nov., Wittenberg-Str. 12, abends von 7 $\frac{1}{2}$ bis 9 Uhr.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kahl und windig, aber überwiegend bewölkt, mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nördlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

M. Wittenberg, Kallers-Str. 8, heute abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Mitgliederversammlung im Gefangenen der Oberrealschule Klingstraße, Kottbus.

Gewerkschaftsbewegung

Wulle weiß alles!

„Nichts ist so fein gesponnen, es kommt doch an das Licht der Sonnen.“ Und wenn es noch solange dauert, und wenn sich jemand noch so große Mühe gibt etwas zu verbergen, Wulle bringt es „doch an das Licht der Sonnen“. Wie könnte auch sonst jede Nummer seiner Zeitung „eine Sensation“ sein. Am 1. November brachte nun sein „Abendblatt“ als Sensation einen Artikel, der sich mit dem Streik im Gastwirtsgerwerbe beschäftigt und den Standpunkt der Arbeitgeber wiedergibt, so wie „eine maßgebende Stelle“ ihn Herrn Wulle dargelegt hat. Nach dieser „maßgebenden Stelle“, die es ja wissen muß, liegen die Dinge so,

„daß die Arbeitgeber sofort bereit sind, in ausichtslose Verhandlungen einzutreten, sofern von der Gegenseite das 10-Prozent-System anerkannt ist. Sämtliche Unklarheiten, die bei diesem System in Erscheinung treten könnten, sollen durch tarifliche Vereinbarungen rücksichtslos klargestellt und etwaige Ungerechtigkeiten restlos beseitigt werden.“

Wir danken Herrn Wulle für diese Weisheit, die aber leider keine Sensation ist, denn von allen Berliner Dählern pfeifen es schon die Späßen, daß bisher alle Verhandlungen, an denen die Unternehmer teilnahmen, von vornherein aussichtslos waren. Die Arbeiterschaft denkt aber nicht daran, erneut in „aussichtslose Verhandlungen“ einzutreten. Sie wird schon dafür sorgen, daß nicht nur „etwaige Ungerechtigkeiten“, sondern die Ungerechtigkeit überhaupt beseitigt wird: nämlich das 10-Prozent-System.

Uebrigens: haben hier wirklich Herr Wulle und seine „maßgebende Stelle“ die Wahrheit gesagt, oder war es gar der Druckfehler der Kugel, dem der Schwindel der bürgerlichen Presse über den Gastwirtsstreik zu toll wurde, und der zur Selbsthilfe griff? Die letzte Möglichkeit scheint uns wahrscheinlicher!

Magistrat und Gastwirtsstreik.

Das Verkehrsamt der Stadt Berlin will nunmehr in den Gastwirtsstreik vermittelnd eingreifen. Stadtbaurat Dr. Uebler hat sich als Vorsitzender des Verkehrsamtes bereits mit der Arbeitnehmerorganisation in Verbindung gesetzt, um eine Grundlage für neue Verhandlungen zu schaffen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist es wahrscheinlich, daß die Vertreter beider Organisationen noch im Laufe des heutigen Nachmittags im Verkehrsamt an den Beratungen teilnehmen werden. Eine Nachprüfung dieser B.S.-Mitteilung war uns nicht mehr möglich.

Die Forderungen der Gemeindearbeiter.

Arbeitsruhe am 9. November?

Eine sehr stark besuchte Funktionärerversammlung des Lohnkartells für die Gemeindebetriebe Groß-Berlins beschäftigte sich, wie wir schon berichteten, am Mittwochabend mit Aufstellung der Anträge für den 9. November d. h. 4. Vergütungstarif.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde nach längerer Diskussion der Antrag gegen eine Stimme angenommen: „Die Funktionäre der Gemeindearbeiter Groß-Berlins beschließen, am 9. November nicht zu arbeiten.“ — Ferner wurde dazu beschlossen, auf Bezugsliste zu verzichten.

Hierauf berichtete Bolenske über die Beratungen bzw. Vorschläge der Lohnkommission des Kartells. Der bestehende Lohnstarif ist auf den 30. November gekündigt worden. Zugleich ist nach den vorliegenden Anträgen dem Magistrat die Forderung einzureichen, eine einmalige Teuerungszulage in Höhe von 1000 M. zur Abhilfe der Notlage zu gewähren. Die Tarifkommission ist, wie der Redner weiter ausführte, nach einer gerechten Würdigung der Teuerungsberechtigungen dazu gekommen, einen Zuschlag auf alle bestehenden Löhne von 3,50 M. zu verlangen. Nach dem geforderten Zuschlag würde sich ein Stundenlohn von zirka 10,75 M. ergeben, der sich bei den gelernten Arbeitern noch etwas nach oben hin verschieben würde.

Ueber das Ergebnis der Aussprache, soweit es die Löhne betrifft, sind unsere Leser unterrichtet. Einmütig stimmte die Versammlung einer Resolution zu, in der den streikenden Gastwirtsgehilfen volle Sympathie bekundet und ausgesprochen wird, der Unterstützung der Gewerkschaftskommission zur Unterstützung der Streikenden Folge zu leisten. — Verschiedene Anträge wurden der Tarifkommission als Material überwiesen.

Wir erkennen das Wollen, das in dem Beschluß der Gemeindearbeiter zur Feier des 9. November liegt, durchaus an, können ihn aber dennoch nicht mit reiner Freude begrüßen. Solidarität zu üben und Beschlüsse der Gewerkschaftsvertrauensleute zu achten, das war bisher die Stärke des organisierten Proletariats. Die Gemeindearbeiter haben sich darüber hinweggesetzt und gefährdet, wenn sie ihren Beschluß durchführen, den harmonischen Verlauf der zum 9. November geplanten Veranstaltungen. Wie sollen alle Arbeiter in die Versammlungen kommen, wenn keine Straßenbahnen verkehren, wie soll es möglich sein, Abendfeiern zu veranstalten, wenn kein Licht brennt? Es ist dringend zu wünschen, daß die Gemeindearbeiter, wenn sie schon ihren Beschluß nicht aufheben

können, sich wenigstens dazu entschließen, nicht den Verkehr und die Lichtversorgung lahmzulegen. Beides ist in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Das sind die Arbeiter unserer Gemeindebetriebe dem 9. November und denen schuldig, die diesen Tag mit ihnen würdig begehen wollen.

Afa-Betriebsräte der Metallindustrie.

Auf vielfache Anfragen erwidern wir, daß der in Leipzig veranlaßte Betriebsrätekongreß der Metallindustrie eine Verbandsangelegenheit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist. Es handelt sich also um einen Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter. Die Afa-Mitglieder der Betriebsvereinigungen der Metallindustrie nehmen hieran nur als Gäste teil. In welcher Form dies geschieht, wird durch die in Betracht kommenden drei Hauptverbände des Afa-Bundes bzw. durch deren Ortsverwaltungen bekanntgegeben.

Afa-Bund, Ortsstelle Groß-Berlin.

Mitglieder der mittleren Verwaltung des DMV.

Der gestrige Beschluß der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission hat es notwendig gemacht, daß die Verwaltung heute 7 Uhr zusammentritt. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist Bedingung.

Vertreterversammlung des Afa-Bundes.

Freitag, 7 Uhr, im Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, Roter Saal, außerordentliche Vertreterversammlung des Ortskartells Groß-Berlin des Afa-Bundes. Alle gewählten Vertreter müssen unbedingt erscheinen. Tagesordnung: Der Streit der Gastwirtsangehörigen.

Afa-Bund, Ortsstelle Groß-Berlin.

Zentralverband der Maschinisten und Feizer.

Der Beschluß der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission vom Mittwoch macht es notwendig, daß die erweiterte Verwaltungssitzung am Freitag, abends 6 Uhr, zusammentritt. Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder, Betriebsobleute und Branchenvertreter ist Pflicht.

Die Tarifdifferenzen im Feisergewerbe in Bielefeld sind beigelegt. Die neuen Lohnsätze sind von der Interessengemeinschaft selbständiger Friseur anerkannt worden.

Betriebsräte und Vertrauensleute der Elektromonteur! In Münster i. W. befinden sich die Elektromonteur im Streik. Ein Zugzug von Berliner Elektromonteur ist streng fernzuhalten.

SPD-Betriebsräte der Metallindustrie! Wir ersuchen alle Betriebs- und Arbeiterräte, soweit sie Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind, die heute und in den nächsten Tagen stattfindenden Gruppenvollversammlungen zu besuchen. Lokale sind im Annoncenteil der Mittwochsmorgensnummer angegeben.

Der Fraktionsvorstand.

Deutscher Werkmeisterverband, Berlin XI, Freitag 7 Uhr im Vereinslokal, Hauptstr. 115: Mitgliederversammlung.

Wirtschaft

Gegen den Ausverkauf in den Grenzgebieten.

Die Landesfinanzämter sind angewiesen worden, die von ihnen für den Warenverkehr zwischen den Grenzbezirken gewährten Erleichterungen zurückzuziehen oder sie auf ihre Doleinsberechtigung unter den neuen Verhältnissen scharf zu revidieren. Ferner hat der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen veranlaßt, daß eine Ermächtigung der Zollstellen, wonach eine größere Reihe von Waren allgemein ohne Ausfuhrbewilligungen zur Ausfuhr zugelassen war, für den kleinen Grenzverkehr außer Kraft tritt. Weiter hat der Reichskommissar die Zurückziehung der den Ladengeschäften einiger Grenzstädte zur Benutzung im kleinen Grenzverkehr erteilten Sammelausfuhrbewilligungen angeordnet oder empfohlen, soweit dies zur Behebung der Mängel notwendig sei. Schließlich hat der Reichswirtschaftsminister Ausfuhrverbote für Waren des 5. Abschnittes des Zolltarifes (Textilwaren) im kleinen Grenzverkehr für die Bezirke der Landesfinanzämter Karlsruhe (für die badisch-schweizerische Grenze), Würzburg, Köln, Düsseldorf, Münster und Hannover (für die westliche Reichsgrenze) und Altona (für die deutsch-dänische Grenze) erlassen.

Des Reichsfinanzministerium wird für sofortige Verstärkung der Grenzüberwachung durch Heranziehung von Zollbeamten aus dem Innendienst unter Zuhilfenahme von geschulten Kräften des Reichsbeamtentum für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr sorgen.

Ueber diese in der letzten Zeit veranlaßten Maßnahmen hinaus wird der Reichswirtschaftsminister durch eine Bekanntmachung zur Sicherung des Bedarfs der inländischen Bevölkerung die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Reichsverkehr ganz allgemein von einer Ausfuhrbewilligung ab-

hängig machen. Diese Bestimmung wird den Kontrollbehörden die Möglichkeit geben, der Ausbeutung des Tiefstandes der deutschen Mark durch reisende Ausländer zum Schaden der inländischen Bevölkerung entgegenzutreten.

Gegen ausländische Fischkäufe, die in letzter Zeit auf holländische Rechnung an der deutschen Nordseeküste erfolgten, sollen Maßnahmen getroffen werden, über die man im Reichsernährungsministerium beriet. Vor einem Ausfuhrverbot hat man ab. Die Meider verpflanzten sich, die Verbringung deutscher Fänge nach dem Auslande einzustellen, während der Reichsrohstoffkommissar bemüht sein sollte, eine bessere Kohlenversorgung für die Fischereiflotte zu bewirken. Angesichts der für sämtliche Zweige des Hochseefischereigewerbes in zu hohen Preisen liegenden Gefahr haben die Großhändler und Redereien in Bestimmung beschließen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der übermäßigen Ausfuhr von Fischen nach Holland entgegenzuwirken. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der sofort eingegriffen und zunächst die Eisfabriken in den Unterweserorten verpflanzte hat, den am Geestmünder Markt laufenden Firmen bis auf weiteres Eis nur in dem Umfang zu liefern, wie sie solches bei regelmäßiger Wartung im Durchschnitt bezogen haben. An neue Besteller wird kein Eis verabfolgt. Auf diese Weise wird wenigstens eine Unterbindung des Verkaufes nach Holland in Wagenladungen erreicht werden können. Sollte sich diese Maßnahme als nicht wirksam genug erweisen, wird der Ausschuß, der dauernd die Marktlage überwacht, weitere Maßnahmen ergreifen.

Unwachen der Kohlenbestände. Infolge der Verkehrsschwierigkeiten sind im Ruhrrevier die Brennstofflagerbestände auf den Jechen von 459 689 auf 634 634 Tonnen angewachsen.

Verantw. Hr. den redakt. Teil: Dr. Werner Geiger, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

18. Verh.-Zübb. (244. Verh.) Klassen-Lotterie
5. Haupt- 17. Stichungstg. 2. November 1921.

Das jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Classe Gewinne	Rechnung verbleibend
2 M 16000 M 290518	490 Mark gegogen
5 M 10000 M 67748 311790 248764	
10 M 5000 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100 M 500 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500 M 100 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000 M 50 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000 M 10 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000 M 5 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000 M 1 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000 M 0,50 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000 M 0,10 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000 M 0,05 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000 M 0,01 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000 M 0,005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000 M 0,001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000 M 0,0005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000 M 0,0001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000 M 0,00005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000 M 0,00001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000 M 0,000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000000 M 0,000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000000 M 0,0000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000000 M 0,0000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000000 M 0,00000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000000 M 0,00000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000000 M 0,000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000000000 M 0,000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000000000 M 0,0000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000000000 M 0,0000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000000000 M 0,00000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000000000 M 0,00000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000000000 M 0,000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000000000000 M 0,000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000000000000 M 0,0000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000000000000 M 0,0000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000000000000 M 0,00000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000000000000 M 0,00000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000000000000 M 0,000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000000000000000 M 0,000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000000000000000 M 0,0000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000000000000000 M 0,0000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000000000000000 M 0,00000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000000000000000 M 0,00000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000000000000000 M 0,000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000000000000000000 M 0,000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000000000000000000 M 0,0000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000000000000000000 M 0,0000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000000000000000000 M 0,00000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000000000000000000 M 0,00000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000000000000000000 M 0,000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000000000000000000000 M 0,000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000000000000000000000 M 0,0000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000000000000000000000 M 0,0000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000000000000000000000 M 0,00000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000000000000000000000 M 0,00000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000000000000000000000 M 0,000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000000000000000000000000 M 0,000000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000000000000000000000000 M 0,0000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000000000000000000000000 M 0,0000000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000000000000000000000000 M 0,00000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000000000000000000000000 M 0,00000000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000000000000000000000000 M 0,000000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000000000000000000000000000 M 0,000000000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000000000000000000000000000 M 0,0000000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000000000000000000000000000 M 0,0000000000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000000000000000000000000000 M 0,00000000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000000000000000000000000000 M 0,00000000000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000000000000000000000000000 M 0,000000000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
50000000000000000000000000000000000 M 0,000000000000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
100000000000000000000000000000000000 M 0,0000000000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
500000000000000000000000000000000000 M 0,0000000000000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
1000000000000000000000000000000000000 M 0,00000000000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
5000000000000000000000000000000000000 M 0,00000000000000000000000000000001 M 4990 20712 22228 25784 52918 56813 61900 65393 68890	
10000000000000000000000000000000000000 M 0,000000000000000000000000000000005 M 4990 20712 22228 25784	